



Resolution der Jugendorganisation Bund Naturschutz gegen Atomkraft - Jetzt auf den Ausstieg bestehen für die sichere Zukunft

Ausstieg aus dem Ausstieg?

Im Jahr 2002 wurde von der Rot-Grünen Bundesregierung der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen. In der aktuellen Diskussion um steigende Energiepreise steht dieser Beschluss nun erneut zur Diskussion. Die Energiekonzerne versuchen sich derzeit durch starke Lobbyarbeit eine profitable Einnahmequelle zu erhalten und die Regierung mit der Drohung einer angeblichen Energielücke zu erpressen. Weiterhin wird mit einer millionenschweren Werbekampagne versucht zu suggerieren, dass es sich bei der Atomkraft um eine saubere, und umweltfreundliche Zukunftstechnologie handle.

Die JBN widerspricht dieser Behauptung vehement. Als Jugendverband, der in Verantwortung für die kommende Generation steht, die mit den heute produzierten Problemen zu leben haben wird, können wir nicht tatenlos dabei zusehen, wie die Sicherheit unserer Zukunft ohne sichtbaren Nutzen verkauft wird. Denn Atomkraft ist weder effizient, noch nachhaltig, sondern risikoreich und unberechenbar.

1. Sicher bis in den Tod – Sicherheitsrisiko Atomkraft

Gefahr des Super-GAUs

Die beinahe Katastrophe im schwedischen AKW Forsmark im Sommer 2006 und die Vorfälle in den AKWs Brunsbüttel und Krümmel im Sommer 2007 haben verdeutlicht, dass der Alptraum eines Super-GAUs jederzeit eintreten kann. Insbesondere durch die Liberalisierung des Strommarktes und den damit steigenden Druck auf die Kraftwerksbetreiber werden kleine Störungen und Reparaturanfälligkeiten an AKWs mehr und mehr vernachlässigt, wie es sich im letzten Sommer auf drastische Weise gezeigt hat. Hinzu kommt, dass die deutschen Atomkraftwerke für den Fall eines Super-GAUs völlig unterversichert sind. Die Betreiber müssen nach dem Atomgesetz nur 2,5 Milliarden Euro des Schadens decken – die real entstehenden 5 Billionen muss der Staat finanzieren.

Sollte es zu einer Kernschmelze in einem deutschen Reaktor kommen, sind die Ausmaße als noch weitaus schlimmer anzunehmen, als bei der Reaktorkatastrophe 1986 in Tschernobyl. Denn Deutschland ist etwa zehnmal dichter besiedelt als in der betroffenen Region in der Ukraine und Weißrussland. Dieser Vergleich soll keineswegs das Leid, das die Menschen dort ertragen mussten und noch müssen relativieren: Mehr als 500.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen und umgesiedelt werden, 70.000 Menschen sind infolge der Katastrophe bereits gestorben (Otto Hug Strahleninstitut München), die Zahl der Krebserkrankungen durch radioaktive Verstrahlung ist nicht messbar.

Atomkraftwerk – perfektes Ziel für Terroristen

Seit dem 11. September 2001 stellt ein terroristischer Anschlag auf ein AKW eine reale Bedrohung dar. Die 60cm dünnen Schutzwände der ältesten Anlagen, Biblis A, Brunsbüttel und Philippsburg I, können gerade mal dem Aufprall eines kleinen Sportflugzeuges mit weniger als 300km/h Geschwindigkeit standhalten. Doch auch die neueren Kraftwerke sind nicht sicher gegen einen Anschlag mit voll besetzten Personenfliegern. Trifft die Maschine Sicherheitssysteme oder den Kühlkreislauf, führt der Anschlag sehr wahrscheinlich in kurzer

Zeit zur Kernschmelze. Bisher gibt es keine Strategie zum Schutz der Atomkraftwerke. Die einzige Möglichkeit zur Sicherung eines Kraftwerks ist die Abschaltung.

Vom Atomkraftwerk zur Atombombe

Atomenergie ebnet den Weg zum Bau atomarer Waffen. 6 kg Plutonium, das als Nebenprodukt der Kernspaltung anfällt, genügen zum Bau einer Atombombe. Somit haben alle Länder, die Atomenergie nutzen, auch die Möglichkeit, Atombomben zu bauen. Deutschland fördert den Uranabbau und exportiert Atomtechnologie – und trägt damit zum Bau von Atombomben auf der ganzen Welt bei.

2. Lungentumoren und Mondlandschaften – Bedrohung für Gesundheit und Umwelt

Verbrechen an Menschen und Umwelt beim Uranabbau

Uran muss nach Deutschland aus dem Ausland, vor allem aus Afrika und Asien, importiert werden. Besonders in Niger und Namibia werden beim Uranabbau massiv Menschenrechte verletzt und findet ungeheure Umweltzerstörung statt. Beim Abbau von Uran sind die Bergarbeiter hoher Uranstaubkonzentration ausgesetzt, was mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Lungenkrebs führt. Die Umgebung der Bergwerke gleicht Mondlandschaften, über Sickerwasser gerät radioaktives Material in Flüsse und Grundwasser, der Uranstaub gelangt über Belüftungsschächte in die Umwelt.

Das Wasser in Gefahr

Es ist nicht nur der Fall, dass Trinkwasser beim Uranabbau, der Aufbereitung und der Lagerung von Atommüll radioaktiv kontaminiert wird, sondern darüber hinaus entsteht auch eine Konkurrenzsituation zwischen dem riesigen Wasserbedarf der Atomreaktoren und der wachsenden Weltbevölkerung. Ein weiteres Problem stellt die Erwärmung von Gewässern durch Atomkraftwerke dar: Das Kühlwasser wird oft mit Übertemperatur zurück in Flüsse und Seen geleitet, was zum Sterben der Ökosysteme führt.

Erhöhtes Kinderkrebsrisiko im Umkreis von Atomkraftwerken

Im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz hat das Mainzer Kinderkrebsregister in einer Studie ermittelt, dass das Risiko für unter 5-jährige Kinder an einem Tumor oder an Leukämie zu erkranken, mit zunehmender Nähe des Wohnstandortes zu einem AKW statistisch signifikant ansteigt. Im Umkreis von 5 km ist das Leukämierisiko um 120% höher als im Bundesdurchschnitt.

3. Viel Müll und keine Wärme – Atomkraft ist keine Zukunftstechnologie

Wohin mit dem Müll?

Pro Jahr fallen in Deutschland ca. 400 Tonnen verbrauchte Brennstäbe an, bis 2022 das letzte AKW vom Netz geht sollen es 14.000 Tonnen sein. Die Produktion geht täglich weiter, obwohl inzwischen offensichtlich ist, dass es niemals ein Endlager geben kann, das den radioaktiven Abfall für mehrere 100.000 Jahre verwahrt. In das einsturzgefährdete ehemalige Salzbergwerk und „Testendlager“ Asse dringt Wasser ein, die löchernen Fässer am Grund des Bergwerkes könnten nur noch mit extrem hohem Aufwand geborgen werden. Der Salzstock in Gorleben ist nicht durch ein wasserdichtes Deckgebirge vom Grundwasser getrennt. Trotzdem rollen die



Castoren nach Gorleben – zur Zwischenlagerung in oberirdischen, kaum geschützten Hallen, wie es vielerorts in Deutschland gehandhabt wird. Dies wäre nicht anders, gäbe es ein Endlager, denn vor der Einlagerung muss der Atommüll erst einmal in Lagerhallen abkühlen. Die erforderlichen Atommülltransporte, beispielsweise von der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague nach Gorleben, durch dicht besiedelte Gebiete, stellen, etwa im Brandfall, eine nicht verantwortbare Gefahr für die Bevölkerung dar.

Ist Uran bald das neue Erdöl?

Wie fossile Brennstoffe ist auch Uran nicht in unendlichem Maß vorhanden. Fünf Länder, Kanada, Russland, Australien, Kasachstan und Niger, besitzen drei Viertel der weltweiten Uranreserven. Die Vorräte reichen noch etwa 60-70 Jahre – kaum länger als die Erdölreserven. Der Preis für Uranoxid steigt aufgrund der Konkurrenzsituation zwischen Frankreich, Japan und den USA bereits heftig, allein von 2000 bis 2007 um das Zwanzigfache.

Versorgungssicherheit ist nicht durch Atomkraft gewährleistet

Genau wie Erdöl ist auch Uran ein knappes Gut, deshalb kann Atomkraft, im Gegensatz zu erneuerbaren Energien, niemals eine unabhängige Stromversorgung garantieren. Durch häufige Störfälle können AKWs keine kontinuierliche Stromversorgung garantieren. Im Sommer 2007 waren 7 AKWs gleichzeitig außer Betrieb. Trotzdem erreichten die Stromexporte 2007 eine Rekordhöhe – von Stromlücke ohne AKWs, die nur 6% der Energie für Deutschland liefern, also keine Spur.

Marode Gelddruckmaschinen für die Oligopolisten

Atomkraft lohnt sich nicht, weder finanziell, noch liefern sie den Strom, den wir brauchen. Summiert man die Milliarden, die der Staat für Forschung, Abriss und Versicherung von Atomkraftwerken investiert, wird Atomkraft zur teuersten Form der Energieerzeugung in Deutschland. Dies steht in krassem Kontrast zu den Verdiensten der 4 Oligopolisten, die Deutschlands AKWs betreiben. Eine Laufzeitverlängerung der abgeschriebenen AKWs brächte ihnen nach Schätzungen des Öko-Institutes pro Jahr 8,2 bis 10,5 Milliarden. Diese Gewinne bleiben bei den Konzernen. Haushalte könnten durch eine Laufzeitverlängerung höchstens 50 Cent pro Monat einsparen.

Um sich überhaupt zu rentieren, müssen AKWs rund um die Uhr in Betrieb sein. Doch nachts wird der Strom vom Verbraucher nicht benötigt, muss aber verbraucht werden, weshalb in Belgien nachts alle Autobahnen hell erleuchtet werden. Das für AKWs erforderliche Stromnetz verträgt sich aufgrund dieser Eigenschaft nicht mit den flexiblen Netzen für erneuerbare Energien.

Außerdem liefert Atomkraft nur Strom, aber keine für den Verbraucher nutzbare Wärme, weshalb sie den Energiebedarf großflächig nicht decken können und deutlich weniger effizient sind als Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Atomkraft ist nicht klimafreundlich

Deutschlands 17 Atomkraftwerke liefern 22,1% der Stromversorgung. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch liegt bereits bei 15 Prozent und kann bis 2020 auf gut 30 Prozent verdoppelt werden. Durch effiziente Stromnutzung besteht noch gigantisches Einsparpotenzial. Es besteht also kein Anlass, aus Angst vor Unterversorgung und damit steigenden Strompreisen, unter dem Vorwand der „Brückentechnologie“ für eine Laufzeitverlängerung zu plädieren.

Ganz im Gegenteil steht Atomkraft der Umgestaltung der Energieversorgung auf flexible, dezentralisierte Anlagen im Weg. So lange die Stromkonzerne bequem durch abgeschriebene AKWs Milliardengewinne einfahren und damit einen Stromüberschuss produzieren können, werden sie nicht ausreichend in erneuerbare Energien investieren.

Außerdem erweist sich der Mythos, Atomkraft sei CO₂-neutral, als falsch. Besonders beim Uranabbau, aber auch beim Bau von AKWs, bei der Herstellung und Wiederaufbereitung von

Brennstäben wird Kohlendioxid freigesetzt. Nach Berechnungen des Öko-Instituts erzeugt ein mit Uran aus Südafrika betriebenes AKW pro Kilowattstunde Atomstrom 126g CO₂. Eine Kilowattstunde Windstrom setzt dagegen nur 19-22g CO₂ frei.

Die JBN fordert:

- **Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!**
- **Keine staatliche finanzielle Unterstützung von Atomindustrie und Atomforschung durch die Bundesrepublik!**
- **Ersatz durch den Einsatz erneuerbarer Energien!**
- **Die Betreiber müssen AKW´s selbst und ausreichend versichern!**
- **Trennung von Netz und Betreiber!**
- **Suche nach neuen sicheren Endlagern!**
- **Keine Exporte von Atomtechnologie!**



gezeichnet vom Landesvorstand, München, den 10.11.2008

Isabella Miller

Isabella Miller

Annemarie Räder

Annemarie Räder

Martin Geilhufe

Martin Geilhufe

Ralf Wissmath

Ralf Wissmath

Ulrich Kreidenweis

Ulrich Kreidenweis